

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Frau Lisa Paus
11018 Berlin

Berlin, 02.11.2023

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

wir als Vertreter*innen des Kompetenznetzwerks Antisemitismus bedanken uns für den gemeinsamen Austausch zur aktuellen Situation nach den Massakern der Hamas an israelischen Zivilist*innen am 7. Oktober 2023.

Der brutale antisemitische Terroranschlag hinterlässt eine tiefe Erschütterung und einen Grad der Verunsicherung bei der israelischen und jüdischen Community hier in Deutschland, wie wir ihn zuvor nicht kannten. Die Zahlen antisemitischer Angriffe sind seit dem 7. Oktober dramatisch gestiegen. Jüdinnen*Juden erleben alltäglich antisemitische Anfeindungen, sie werden online bedroht, Davidsterne werden an vermeintlichen Wohnorten von Jüdinnen*Juden angebracht und auf Demonstrationen werden den Terror der Hamas verherrlichende und die Massaker rechtfertigende Parolen gerufen. Diese Formen des Antisemitismus richten sich nicht nur gegen den Staat Israel, sondern ganz direkt gegen Jüdinnen*Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland. Sie schaffen ein Klima der Angst und Verunsicherung. Nicht nur die offen propagierte antisemitische Grundstimmung, sondern auch die gesellschaftliche Rezeption, die brüchige Anteilnahme und die polarisierenden politischen Debatten wirken verstörend und belastend. Auch den gegenwärtig besonders sichtbaren anti-israelischen Aktivismus für Forderungen zur Verschärfung des Einwanderungsrechts zu nutzen, möchten wir in aller Deutlichkeit widersprechen. Antisemitismus ist kein importiertes Phänomen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss als solches bearbeitet werden.

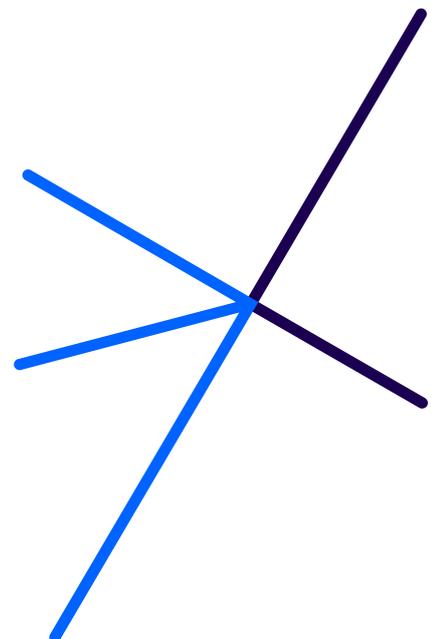
Als Kompetenznetzwerk Antisemitismus arbeiten wir im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« seit nunmehr vier Jahren eng zusammen, fundieren und entwickeln den Bereich der Prävention und Intervention gegen Antisemitismus für unterschiedliche Zielgruppen weiter. Ein Fokus liegt dabei insbesondere auf aktuellen Erscheinungsformen, beispielsweise dem israelbezogenen Antisemitismus wie auch antisemitischen Verschwörungsideologien. Gemeinsame Orientierung für die Bestimmung von Antisemitismus ist die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance. Mit dem Kompetenznetzwerk hat sich eine wichtige und wirksame zivilgesellschaftliche Struktur etabliert, die das Wissen um Antisemitismus und den Umgang mit Antisemitismus aus einer

Netzwerkpartner:

Anne Frank Zentrum e. V.
Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Bundesverband der Recherche-
und Informationsstellen
Antisemitismus e. V. (RIAS)
Kompetenzzentrum für
Prävention und
Empowerment (ZWST e. V.)
Kreuzberger Initiative gegen
Antisemitismus (KIGa e. V.)

Koordination:

Anne Frank Zentrum e. V.
Rosenthaler Str. 39
10178 Berlin
Tel. +49 (0)30 288 86 56-00
Fax +49 (0)30 288 86 56-01
kompetenznetzwerk@annefrank.de
www.kompetenznetzwerk-antisemitismus.de
Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister-Nr. 14667 B



gesellschaftskritischen Perspektive kontinuierlich weiterdenkt und verstetigt. Aktuell erreichen uns eine Vielzahl von Anfragen u. a. von Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Institutionen aus dem Bereich der Politik und Verwaltung, um mit der aktuellen Situation und einem sich zunehmend offen äussernden Antisemitismus umzugehen und eine Handlungssicherheit zu erlangen.

Das Bundesfamilienministerium steht hinter unserer Arbeit und unterstützt das von ihm geförderte Netzwerk im Rahmen seiner Möglichkeiten. Als zivilgesellschaftliche Akteur*innen müssen wir finanziell ausreichend ausgestattet werden, um gegen Antisemitismus langfristig vorgehen zu können – und das nicht erst seit den Massakern am 7. Oktober. Die aktuellen Debatten, die die Wirksamkeit von Projekten der Antisemitismusprävention und Demokratieförderung in Abrede stellen, sind hierfür nicht förderlich. Gerade jetzt brauchen wir eine Rückenstärkung, um dem wachsenden Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Bereichen nachhaltig entgegenzutreten zu können. In diesen schwierigsten Zeiten für jüdische Gemeinschaften sollte die Politik vor allem sicherstellen, dass die Arbeit gegen Antisemitismus und andere Formen der Ideologien der Ungleichwertigkeit gestärkt wird, da diese Arbeit einen wichtigen Beitrag für eine funktionierende Demokratie in Deutschland leistet. Die Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes halten wir als Kompetenznetzwerk Antisemitismus für einen wichtigen Schritt, um hierfür auch eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Veronika Nahm - Anne Frank Zentrum

Prof. Dr. Meron Mendel und Dr. Deborah Schnabel- Bildungsstätte Anne Frank
Benjamin Steinitz - Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS).

Marina Chernivsky - Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment / OFEK e.V.

Derviş Hızarcı und Juliane Wetzels - Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGA e.V.)

für das Kompetenznetzwerk Antisemitismus